

## **Antrag**

der Abgeordneten **Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber, Ing. Huber, Enzinger  
Königsberger, und Weiderbauer**

### **betreffend: Nein zu grenznahem Atommüll-Endlager**

Bis zum Jahr 2015 will die tschechische Regierung entscheiden, an welchen zwei Standorten die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus ihren Atomkraftwerken endgelagert werden können. Neben militärischen Arealen werden derzeit auch einige Gemeinden als potentielle Atommüll-Endlager in die engere Wahl genommen, welche nur unweit (zwischen 30 u. 50 Kilometer) von Niederösterreichs Nordgrenze entfernt liegen. Da bis dato noch immer kein sicheres Endlagersystem entwickelt wurde, stellt die Errichtung eines Endlagers für hochradioaktive Stoffe nahe unserer Staatsgrenze eine immense Gefahr für die niederösterreichische Bevölkerung und unsere Umwelt dar.

Wie den Medien zu entnehmen ist, stellt sich auch der Kreishauptmann Südmährens Michal Hasek gegen ein Atommüll-Endlager in dieser Region.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der niederösterreichische Landtag spricht sich eindeutig gegen die Errichtung eines Atommüll-Endlagers in Grenznähe aus.
- 2) Die Landesregierung, ins besonders Landeshauptmann Dr. Pröll, wird im Sinne der Antragsbegründung beauftragt, sich im eigenen Wirkungsbereich und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, sofort alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, damit es zu keinen weiterführenden Planungen bzw. zur Errichtung von End-Lagerstätten in Grenznähe kommt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 31. Oktober 2013 möglich ist.